



Geschäftsführung Gesundheitsausschuss

Frau Jeske

Telefon: (0221) 221-24646

Fax: (0221) 221-22755

E-Mail: evelyne.jeske@stadt-koeln.de

Datum: 05.03.2013

Niederschrift

über die **Sitzung des Gesundheitsausschusses** in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem 29.01.2013, 17:03 Uhr bis 18:50 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Cornelia Schmerbach	SPD
--------------------------	-----

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Michael Paetzold	SPD
Frau Ursula Gärtner	CDU
Herr Dr. Jürgen Strahl	CDU
Frau Katrin Barion	GRÜNE
Herr Stefan Peil	GRÜNE
Frau Bettina Houben	FDP

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Frau Uschi Röhrig	Die Linke.Köln	bis 18:03 Uhr
-------------------	----------------	---------------

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Sven Kaske	auf Vorschlag der SPD-Fraktion	
Herr Hartmut Steffens	auf Vorschlag der CDU	bis 18:03 Uhr
Herr Dr. Jürgen Zastrow	CDU	von 17:47 Uhr - 18:41 Uhr
Herr Thomas Eichmüller	auf Vorschlag der Grünen	
Herr Robert Gaida	auf Vorschlag der FDP	ab 17:08 Uhr

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Dr. Martin Theisohn	Seniorenvertretung der Stadt Köln	
Frau Michaela Diers	AIDS-Hilfe Köln e.V.	bis 18:20 Uhr

Frau Uta Grimbach-Schmalfuß

Sozialverband Deutschland e.V. Bezirk Köln-Leverkusen-
Rhein-Erftkreis

Verwaltung

Frau Dr. Anne Bunte

Johannes Feyrer x

Herr Stadtdirektor Guido Kahlen

Herr Tobias Käufer

Frau Roswitha Keck-Bock

Herr Stephan Neuhoff

Frau Beigeordnete Henriette Reker

Herr Bernd Rosenberger

Herr Jörg Simon

Schriftführerin

Frau Evelyne Jeske

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Frau Jana Schiele

Pro Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Thomas Jentgens

SPD

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Barbara Brunelli

GOL

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach begrüßt die Anwesenden zur 25. Sitzung des Gesundheitsausschusses in der Wahlperiode 2009/2014.

Zur vorliegenden Tagesordnung weist sie auf die beiden Tischvorlagen zum TOP 5.1 - Erweiterung der Feuer- und Rettungswache 9 in Köln-Mülheim – hin.

Darüber hinaus kündigt sie an, dass sie gerne, das Einverständnis des Gesundheitsausschusses voraussetzend, nach der Verpflichtung der sachkundigen Einwohnerin, zu den aktuellen Fragen um die Notversorgung durch die katholischen Kliniken in Köln, eine Erklärung abgeben möchte.

Der Gesundheitsausschuss ist mit der von der Verwaltung vorgelegten erweiterten Tagesordnung sowie mit dem Vorschlag der Ausschussvorsitzenden einverstanden und legt die Tagesordnung wie folgt fest:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A. Verpflichtung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner gemäß § 5 der Hauptsatzung

Erklärung zu den aktuellen Fragen um die Notversorgung durch die katholischen Kliniken in Köln

B. Vortrag "Frühe Hilfen" im Gesundheitsamt zusammen mit TOP 6.3

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Katharina-Henoth-Gesamtschule in Köln-Höhenberg, Adalbertstraße 17
mündliche Anfrage in der Sitzung des Gesundheitsausschusses vom
11.12.2012, TOP 7.1
0081/2013

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

5 Beschlussvorlagen

5.1 Erweiterung der Feuer- und Rettungswache 9 in Köln Mülheim
hier: Planungsbeschluss
3115/2012

5.1.1 Erweiterung der Feuer- und Rettungswache 9 in Köln Mülheim
hier: ergänzende Mitteilung zur Vorlage Nr.: 3115/2012
0382/2013

6 Mitteilungen

6.1 Handlungskonzept Behindertenpolitik - "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle"
hier: hier: 1. Folgebericht „2010/2011, Bilanz und Ausblick“. Zusammenstellung der Prioritäten
4540/2012

- 6.2 Sicherstellung der Erreichbarkeit von Einsatzorten
hier: Anfrage der FDP-Fraktion aus der Sitzung des Verkehrsausschusses
vom 04.12.2012, TOP 1.3
4486/2012
- 6.3 Bericht 2012 - Frühe Hilfen im Gesundheitsamt in Kooperation mit dem Amt
für Kinder, Jugend und Familie
4676/2012
zusammen mit TOP B
- 6.4 Das neue Glücksspielrecht
0160/2013
- 7 Mündliche Anfragen**
- 7.1 Aktueller Sachstand auf dem Kalkberg
- 7.2 Immendorfer See in Meschenich
- 7.3 Versorgung von Kindern psychisch kranker Eltern

II. Nichtöffentlicher Teil

- 8 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 9 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 11 Beschlussvorlagen**
- 12 Mitteilungen**
- 13 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

A. **Verpflichtung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner gemäß § 5 der Hauptsatzung**

Mit dem vorgegebenen Text verpflichtet die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach Frau Michaela Diers, die vom Rat als sachkundige Einwohnerin für den Gesundheitsausschuss bestellt wurde.

Erklärung der Ausschussvorsitzenden RM Frau Schmerbach zu den aktuellen Fragen um die Notversorgung durch die katholischen Kliniken in Köln, die der Gesundheitsausschuss zustimmend zur Kenntnis nimmt:

1. Die Entschuldigung von Erzbischof Joachim Kardinal Meisner und den Verantwortlichen nehmen wir zur Kenntnis.
2. Die Verweigerung der Notversorgung vergewaltigter Frauen und Mädchen kann von uns in Zukunft nicht mehr geduldet werden, unabhängig davon, wer der Träger der Klinik ist.
3. Die Dokumentation des Verbrechens an Frauen und Mädchen sowie die „Pille danach“ – nach Beratung und Aufklärung – halten wir für eine Selbstverständlichkeit.

Es ist ein Skandal, dass nach wie vor Mädchen und Frauen sexuell, seelisch und körperlich misshandelt werden und Vergewaltigungen ausgesetzt sind. Es ist unsere gesellschaftliche Aufgabe, ihnen Hilfestellung zu leisten bei der Verarbeitung und Bewältigung ihres Traumata.

Wir sind davon überzeugt, dass die Gesellschaft bis in die Kliniken und Kirchen hinein, sich über den menschlichen Schaden, den eine Frau erleidet, nicht bewusst ist. Tragen wir – der Gesundheitsausschuss – zur Steigerung durch Hilfen für die Betroffenen und null Toleranz für das Verbrechen dazu bei und schöpfen alle unsere Handlungsmöglichkeiten aus.

B. **Vortrag "Frühe Hilfen" im Gesundheitsamt zusammen mit TOP 6.3 – Bericht 2012 – Frühe Hilfen im Gesundheitsamt in Kooperation mit dem Amt für Kinder, Jugend und Familie**

Frau Dr. Bunte und Frau Keck-Bock vom Gesundheitsamt stellen anhand einer Powerpoint-Präsentation (*Anlage 1*) die „Frühen Hilfen“ im Gesundheitsamt vor.

Danach werden die Fragen von SE Herrn Eichmüller, SB Frau Barion, SE Frau Röhrig und SB Frau Houben beantwortet.

RM Herr Peil zeigt sich beeindruckt von der Arbeit in diesem Bereich des Gesundheitsamtes. Aufgrund der vorab per Mail übersandten Broschüre habe er sich die Zeit genommen, diese ausführlich zu lesen. Trotz finanzieller Engpässe im Jahr 2010 sei es der Stadt gelungen, dieses Angebot vorzuhalten. Er sei begeistert, dass die Verwaltung erreicht habe, eine so eindrucksvolle Arbeitsgruppe zusammenzustellen, die auf die besonderen Lebenslagen der Mütter und Kinder eingehe. Er bittet die Verwaltung, seinen Dank an die Mitarbeiterinnen weiterzugeben.

Frau Dr. Bunte antwortet, dass sie dies gerne übernehmen werde.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Keine

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Katharina-Henoth-Gesamtschule in Köln-Höhenberg, Adalbertstraße 17 mündliche Anfrage in der Sitzung des Gesundheitsausschusses vom 11.12.2012, TOP 7.1 0081/2013

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Keine

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Keine

5 Beschlussvorlagen

5.1 Erweiterung der Feuer- und Rettungswache 9 in Köln Mülheim hier: Planungsbeschluss 3115/2012

zusammen mit

5.1.1 Erweiterung der Feuer- und Rettungswache 9 in Köln Mülheim hier: ergänzende Mitteilung zur Vorlage Nr.: 3115/2012 0382/2013

RM Herr Peil erläutert, dass er die hier vorliegende Tischvorlage in der gestrigen Sitzung des Bauausschusses ausgelöst habe. Ziel war herauszufinden, in welchem Stadium der Planung die Verwaltung sich befinde und wie zuverlässig die genannten Zahlen seien.

Die Schätzung von insgesamt 2,5 Millionen Euro setze seiner Meinung nach voraus, dass die Planungsstufe 2 laut Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) abgeschlossen sei. Das Kostenrisiko liege in dieser Stufe bei etwa 30%. Im weiteren Schritt sei die Leistungsphase 3 vorgesehen, die schon sehr viel präziser sei. Das Kostenrisiko liege nur noch bei 20%. Wenn der Begriff Kostenschätzung laut HOAI, den die Verwaltung gewählt habe, sich auf die Leistungsphase 2 beziehe, müsste die Verwaltung viel mehr wissen, als es in der vorliegenden Vorlage zum Ausdruck käme.

Herr Neuhoff, Leiter des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz, weist darauf hin, dass es keine Kostenschätzung gebe, sondern dass es sich um eine von der Gebäudewirtschaft erstellte Kostenprognose handle. Was jetzt vorläge, wäre die Planung bis zur Leistungsphase 3.

Auf die Frage von SB Frau Barion, was der Unterschied zwischen Schätzung und Prognose sei, erläutert dies Herr Feyrer vom Amt für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz:

Bevor überhaupt Finanzmittel ausgegeben werden, müsse ein Beschluss des Ausschusses mit Angabe der Höhe des Kostenaufwandes herbeigeführt werden. Eine solche relativ präzise Kalkulation erfordere die Beauftragung einer Firma. Diese Beauftragung könne die Verwaltung nicht vornehmen, solange kein Planungsbeschluss vorliege. Daher orientiere sich die Verwaltung an vergleichbaren Objekten. Für dieses Stadium sei der Begriff Kostenprognose von der Gebäudewirtschaft definiert worden. Das sei aber keine Kostenschätzung, wie sie für den Planungsbeschluss vorliegen müsse. Für eine solche Kostenschätzung seien bei größeren Projekten schon mal 100.000 Euro zu veranschlagen.

RM Herr Paetzold bemerkt, dass der jetzt vorliegende Beschlussentwurf von Gesamtplanungskosten in Höhe von 200.000 Euro ausgehe. In der Tischvorlage stehe jedoch eine Summe von 375.000 Euro ohne Mehrwertsteuer. Die 200.000 Euro stellen also offensichtlich nur einen für die ersten Leistungsphasen erforderlichen Teilbetrag der Gesamtplanungsmittel dar.

Herr Neuhoff weist darauf hin, dass mit dem Beschluss Planungsmittel bis zur Leistungsphase 3 freigegeben werden. Die Gesamtplanungskosten würden höher sein.

RM Herr Paetzold erinnert daran, dass im Beschlussentwurf keine Leistungsstufen aufgeführt seien.

Herr Rosenberger vom Amt für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz, ergänzt, dass sich der Planungsbeschluss auf die Leistungsphasen 1 – 3 beziehe. Danach werde die Verwaltung dem Ausschuss einen Bau- und Weiterplanungsbeschluss mit einer Kostenberechnung nach DIN für die Leistungsphasen 4 – 7 vorlegen.

SB Frau Houben fragt nach, ob die Verwaltung Synergieeffekte, zum Beispiel im Zusammenhang mit dem benachbarten Grundstück des Katastrophenschutzes, geprüft habe. Zur Reduzierung der Kosten könnten gegebenenfalls bestehende Gebäude für Personal und Fahrzeuge gemeinsam genutzt werden.

Herr Neuhoff erwidert, dass mit der Johanniter-Unfall-Hilfe Kontakt aufgenommen wurde. Der Zustand der dortigen Hallen sei schlechter als die Gebäude der Feuerwehr. Abgesehen davon würden auch die funktionalen Zusammenhänge auseinandergerissen werden.

SE Herr Eichmüller bemängelt, dass die Informationen, die in der vorliegenden Tischvorlage stehen, nicht auch in die Beschlussvorlage eingeflossen seien, um damit eine größere Transparenz herzustellen.

Darüber hinaus möchte er wissen, ob in der neuen Fahrzeughalle tatsächlich fünf Fahrzeuge stehen werden, da ein Löschzug nach seinem Kenntnisstand weniger Fahrzeuge hätte.

Herr Neuhoff erläutert, dass es sich bei den fünf Fahrzeugen um drei Fahrzeuge des Löschzuges, ein Reservefahrzeug und ein Fahrzeug für den Beamten vom Alarmdienst handele.

Zum Thema Verständlichkeit bemerkt SE Herr Eichmüller, dass es für ihn sehr hilfreich wäre, wenn bereits am Anfang die mit der Maßnahme verbundenen Kosten angegeben werden könnten. Auch wäre es sinnvoll, die Kosten vergleichbarer Objekte darzustellen.

Herr Neuhoff führt aus, dass im Bereich der Feuerwehr nicht so oft gebaut werde und somit nur wenige Vergleichszahlen zur Verfügung ständen. Die Gesamtkosten der Maßnahme seien mit 2,5 Millionen Euro von der Gebäudewirtschaft prognostiziert worden.

SE Herr Eichmüller regt an, zukünftig bei derartigen Beschlussvorlagen auch die Gebäudewirtschaft zu bitten, an der Sitzung teilzunehmen, um Fragen zu beantworten.

RM Herr Peil bittet Herrn Stadtdirektor Kahlen zu prüfen, ob zukünftig ein anderes Verfahren gewählt werden könne. Zunächst erfolge die Bedarfsfeststellung, dann die Mittelfreigabe für die Leistungsphasen 2 und 3 bis hin zur Entwurfsplanung. Dann sei man bei einer Kostenschätzung, die eine Abweichung nach oben oder unten von 30% ermögliche und auch noch die Chance der Steuerung zulasse. Er wünsche sich dringend einen anderen Ablauf, damit die Politikerinnen und Politiker die Vorhaben gegenüber der Bevölkerung besser vertreten können.

Herr Stadtdirektor Kahlen weist darauf hin, dass der Rat in seiner Sitzung am 15. Mai 2012 die Maßnahme zur Geschäftsprozessoptimierung mit dem Spezialthema „Beschleunigung von VOB-Bauprojekten“ beschlossen habe. Der sogenannte geänderte Projektsteuerungsprozess mit einer ausgeweiteten Projektplanungsphase („Frontloading“) sei Teil eines Maßnahmenbündels.

Er weist noch mal darauf hin, dass es sich bei dem vorliegenden Beschluss um einen reinen Planungsauftrag handele. Nach einem kurzen Hinweis im Zusammenhang mit der Feuerwache 5 sichert Herr Stadtdirektor Kahlen den Ratsmitgliedern zu, im zweiten Quartal 2013 einen Überblick bezüglich der Umsetzung des Ratsbeschlusses vorzulegen.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach bittet die Verwaltung, die Aussagen des Stadtdirektors ins Protokoll aufzunehmen.

Herr Stadtdirektor Kahlen ist damit einverstanden und schlägt vor, den Beschlusssentwurf in Ziffer 1 wie folgt zu ergänzen:

Der Gesundheitsausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Planung (**Leistungsphase 1 – 3**) zur Erweiterung der Feuer- und Rettungswache 9 in Köln Mülheim mit geschätzten Gesamtkosten.....

Ergänzend bemerkt er, dass damit auch die Synchronisierung zur vorliegenden Tischvorlage, die aufgrund der Anfrage im gestrigen Bauausschuss verabredungsgemäß heute vorgelegt wurde, hergestellt wäre.

RM Herr Dr. Strahl ist der Auffassung, dass die Gebäudewirtschaft sich weniger mit Feuerwehrspezifischen Angelegenheiten auskenne. Sinnvoll wäre es, wenn sich eine

Fachkraft intern oder extern, die mit den für eine Feuerwehr notwendigen Gebäuden und Abläufen vertraut sei, darum kümmern würde.

RM Herr Peil bemerkt zu den von Herrn Stadtdirektor gemachten Aussagen zum Beschluss „Beschleunigung von VOB-Bauprojekten“, dass er sich freue, dass es voran ginge. Er könne sich an den Ratsbeschluss gut erinnern. Deswegen sei er auch so ungehalten, dass dieser Beschluss im vorliegenden Fall noch nicht umgesetzt worden sei.

Herr Peil ergänzt, er habe heute erfahren, dass die Verwaltung noch nicht in der Planungsstufe 2 sei, wie der Begriff Kostenschätzung in der Vorlage es hätte erwarten können. Es gebe lediglich eine Kostenprognose, die in der HOAI nicht vorgesehen sei. Herr Peil freue sich, dass der Beschlussentwurf von der Verwaltung ergänzt wurde. Zu Recht stehen die Ratsmitglieder in der Kritik der Öffentlichkeit. Deshalb müssen sie dafür sorgen, eine größere Sicherheit bezüglich des Kostenrahmens zu erhalten.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach bringt den geänderten Beschluss zur Abstimmung:

Beschluss:

1. Der Gesundheitsausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Planung (**Leistungsphase 1-3**) zur Erweiterung der Feuer- und Rettungswache 9 in Köln Mülheim mit geschätzten Gesamtkosten in Höhe von 2.500.000,-€ (davon 200.000 € Planungskosten und 50.000€ Einrichtungskosten) zu beginnen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Mitteilungen

- 6.1 Handlungskonzept Behindertenpolitik - "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle"**
hier: hier: 1. Folgebericht „2010/2011, Bilanz und Ausblick“. Zusammenstellung der Prioritäten
4540/2012

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

RM Herr Paetzold bittet, diese Auflistung, sofern noch nicht geschehen, auch dem Ausschuss Soziales und Senioren vorzulegen.

SE Herr Dr. Theisohn macht zu einzelnen Punkten folgende Bemerkungen bzw. Vorschläge:

Thema Wohnen

Hier sollten nicht nur Neubauten betroffen sein, sondern auch im Wohnungsbestand seien barrierefreie Veränderungen sinnvoll. Herrn Dr. Theisohn sei bekannt, dass die entsprechenden Landesmittel nicht abgerufen werden.

Thema Sport

Neben der Steuerungsgruppe „Sport inklusiv“ gebe es eine weitere Gruppe „Sport der Älteren“ (angesiedelt beim Stadtsportbund). Beide Gruppen sollten hier beteiligt werden, denn 2/3 der anerkannt Behinderten seien ältere Menschen.

Thema Gesundheitsdienste

Im Rahmen der Kommunalen Gesundheitskonferenz sei die Arbeitsgruppe „Entlassmanagement“ entstanden. Dieses sollte mit in die Auflistung aufgenommen werden, da es hilfreich für die älteren Menschen im Hinblick auf einen Klinikaufenthalt sei.

Thema Informationen

Im Innenstadt-Plan mit einem barrierefreien Stadtrundgang und Informationen zur Barrierefreiheit zentraler Sehenswürdigkeiten sollten auch Toiletten eingezeichnet sein.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach bedankt sich für die Anregungen und schlägt vor, dass der Hinweis zum Thema Wohnen vom Ausschuss Soziales und Senioren aufgenommen werden solle. Zum Thema Gesundheitsdienste „Entlassmanagement“ weist sie darauf hin, dass der Klinik-Aufsichtsrat diesen Punkt auf der Tagesordnung hätte. Für die anderen Bereiche sollten die Anregungen weitergeleitet werden.

6.2 Sicherstellung der Erreichbarkeit von Einsatzorten hier: Anfrage der FDP-Fraktion aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 04.12.2012, TOP 1.3 4486/2012

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

SB Frau Houben stellt mit Verwunderung fest, dass die Feuerwehreinsätze der Rettungswache 1 laut Verwaltung in der Mikrosimulationsuntersuchung nicht berücksichtigt wurden. Wenn sie sich die Straßenführung auf der Nord-Süd-Fahrt vor Augen führe, stelle sich die Frage, wie die Feuerwehr zeitnah z.B. am Einsatzort Wallraffplatz eintreffen könne.

Herr Feyrer entgegnet, dass die Feuerwehr in die Planung mit einbezogen war und es einen Ortstermin mit dem Amt für Straßen und Verkehrstechnik gegeben habe. Alle waren einvernehmlich der Meinung, dass das vorgestellte Konzept funktioniere. Die Feuerwehr habe keinen Einfluss darauf, in der Mikrosimulationsuntersuchung mit berücksichtigt zu werden.

RM Herrn Paetzold reiche es aus, wenn Herr Neuhoff und Herr Feyrer bestätigen, dass die Sicherstellung der Erreichbarkeit von Einsatzorten gegeben sei. Trotzdem wäre es sinnvoll zu prüfen, die Feuerwehr zumindest bei größeren Projekten mit in die Simulation einzubeziehen.

6.3 Bericht 2012 - Frühe Hilfen im Gesundheitsamt in Kooperation mit dem Amt für Kinder, Jugend und Familie 4676/2012

zusammen mit TOP B

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

6.4 Das neue Glücksspielrecht 0160/2013

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

RM Herr Dr. Strahl möchte wissen, wer die in der Mitteilung angegebenen diversen Sozialkonzepte finanziere.

Herr Stadtdirektor Kahlen gibt folgenden Überblick:

Die zukünftigen verantwortlichen lizenzierten Betreiber müssten darauf achten, dass der Spielsucht nicht Vorschub geleistet werde. Mit den Sozialkonzepten würden den Betreibern Angebote an die Hand gegeben, wie man Spielsucht entweder präventiv oder reaktiv bekämpfen könne. Die Stadt Köln wird ebenfalls ein Sozialkonzept aufstellen. Zur Erledigung dieser Aufgabe kann sie sich, sofern eigene Kompetenzen/Kapazitäten nicht vorhanden sind, freier Träger bedienen. Durch das Casino würden zusätzliche Einnahmen an die Stadt fließen. Er hoffe, dass für den nicht kostendeckenden ordnungsrechtlichen Bereich Co-Finanzierungen erfolgen würden.

Auf die Frage von SB Frau Houben, wer den Überblick über die zahlreichen Konzepte habe und wer den Inhalt vorgebe, erklärt Herr Stadtdirektor Kahlen, dass die Stadt ein übergreifendes Konzept mit speziellen Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten in Zusammenarbeit mit der Drogenhilfe vorlegen werde.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach gehe davon aus, dass sobald die Konzepte vorliegen, diese dem Gesundheitsausschuss vorgestellt werden. Sie weist darauf hin, dass in ihrem näheren Wohnumfeld vier Sportwettlokale nebeneinander eröffnet hätten.

Herr Stadtdirektor Kahlen sagt zu, die Konzepte zu gegebener Zeit dem Ausschuss vorzulegen.

Zu den vielen Wettbüros erklärt er, dass beim Versagen einer Konzession sofort vom Antragsteller eine gerichtliche Entscheidung herbeigeführt werde. Das städtische Vorgehen sei in der Vergangenheit bei diesen Verfahren mehrfach als rechtswidrig beurteilt worden.

Die Ausschussvorsitzende bittet um eine zeitnahe Berichterstattung.

7 Mündliche Anfragen

7.1 Aktueller Sachstand auf dem Kalkberg

SB Frau Houben fragt nach dem Stand der Angelegenheit.

Herr Stadtdirektor Kahlen nimmt wie folgt Stellung:

Der Notarvertrag sei zwischenzeitlich vom Verkäufer, aber noch nicht von der Verwaltung unterschrieben. Da die Bürgerinitiative zwei Eingaben und eine Petition vorgelegt habe, seien die entsprechenden Stellungnahmen der Verwaltung an die Regierungspräsidentinnen in Köln und Düsseldorf gefertigt worden. Es bleibe jetzt abzuwarten, wie die Eingaben bewertet werden. Derzeit könne die Verwaltung nicht beurteilen, zu welchen Konsequenzen die Petition führen werde. Am Ziel der Verwaltung, den Notarvertrag so zügig wie möglich zu unterzeichnen, habe sich nichts geändert.

RM Herr Dr. Strahl möchte von der Verwaltung den Zeitrahmen wissen.

Herr Stadtdirektor Kahlen ergänzt, dass zwischenzeitlich die Baugenehmigung vorliege und sie den unmittelbaren Anliegern zugestellt wurde. Ein Wohnungseigentümer der Kalk-Mülheimer-Straße habe eine Klage beim Verwaltungsgericht eingereicht.

Er gehe davon aus, dass die Baugenehmigung der rechtlichen Überprüfung Stand halte und die Klage nicht dazu führe, dass die Maßnahmen gestoppt werden müssen. Sollte der Notarvertrag in diesem Monat unterzeichnet werden, wären keine zeitlichen Veränderungen zu befürchten. Im März 2013 sollen die Rodungsarbeiten für die Erschließungsstraße beginnen.

7.2 Immendorfer See in Meschenich

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach fragt nach dem derzeitigen Sachstand.

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung der Frage zu.

7.3 Versorgung von Kindern psychisch kranker Eltern

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach fragt nach dem derzeitigen Sachstand.

Frau Dr. Bunte weist darauf hin, dass in den nächsten Tagen mit dem Projektträger ein Gespräch geführt werde. Danach werde die Verwaltung einen Sachstandsbericht vorlegen.

Schmerbach

Ausschussvorsitzende

Jeske

Schriftführerin